72. Jahrgang. Nr. 407 — Mittwoch, 29. August 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. August 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mk. Postbezugspreis für Monat August 3.40 Mk. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Oefen und Herde
kauft man preiswert im **Fachgeschäft!**
Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr.: 16262 Nähe Postplatz
Kochanlagen für Großbetriebe — Kohlen- und Gasherde
Dauerbrand-Oefen — Ersatzteile

Drucksachen für Handel und Gewerbe
in moderner Ausführung erhalten Sie durch die
Graph. Kunstanstalt Liepsch & Reichardt
Marienstraße 38/42 ▸ Fernruf-Sammelnummer 25241

THÜRMER-FLÜGEL PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen in Martin-Str. 12 **Bautzen** in Seminar-Str. 8

Volksentscheid über Kriegsschiff-Bauten

Der kommunistische Hetzantrag eingebracht – Die Ablehnung sicher

Ein überflüssiges Manöver

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 28. August. **Von kommunistischer Seite ist die Einbringung eines Gesetzes, durch das der Bau von Panzerschiffen und -kreuzern jeder Art verboten wird, zum Volksentscheid für Mittwoch angekündigt. Ein solcher Antrag muß beim Reichsminister des Innern gestellt werden, der die Zulässigkeit prüft und dann, wenn dem Antrag stattgegeben wird, die Veröffentlichung im „Reichsanzeiger" vornimmt. Zugleich müssen dabei der Beginn und das Ende der Eintragungsfrist für das Volksbegehren eingesetzt werden, wobei die Frist frühestens zwei Wochen nach der Veröffentlichung der Zulassung beginnen kann. Die Eintragungsfrist soll 14 Tage umfassen. An dem Volksbegehren müssen sich, damit die Vorlage an den Reichstag gelangt, ein Zehntel der Stimmberechtigten beteiligen, mithin rund 4,1 Millionen. Sodann gelangt der Entwurf an den Reichstag, der ihn ohne Zweifel ablehnen wird, womit der Weg zum Volksentscheid frei ist. Um diesen Volksentscheid wirksam werden zu lassen, muß sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligen. Da es bei den Maiwahlen rund 41,8 Millionen Wahlberechtigte gab, so müßten mindestens 20,65 Millionen Stimmberechtigte sich an dem Volksentscheid beteiligen. Die Parteien, die den Bau des Panzerkreuzers ablehnen, erhielten aber bei den letzten Wahlen nur 18,88 Millionen Stimmen: die Sozialdemokraten 9,11, die Kommunisten 3,28 und die Demokraten 1,49. Es erscheint unter diesen Umständen ganz ausgeschlossen, daß die erforderliche Stimmenzahl aufgebracht werden kann.**

*

Der „Vorwärts" teilt in seiner heutigen Ausgabe mit, daß die „Liga für Menschenrechte" sich in einer Sitzung mit dem kommunistischen Antrag auf Volksentscheid über das Verbot des Bauens von Panzerschiffen und Panzerkreuzern befaßte. Dabei habe man ein vorbereitendes Komitee gewählt, das die Durchführung des Volksentscheids in die Hand nehmen solle. In diesem Komitee sei auch ein Platz offen gehalten für den bekannten Pazifisten Professor Quidde, dessen Eintritt noch von der Entscheidung des Friedenskartells abhängt. Der „Vorwärts" wendet sich nun in längeren und recht erregten Auslassungen dagegen, daß die Kommunisten jetzt schon mit bürgerlichen Pazifisten zusammengingen und macht hierbei einige Ausführungen, die man bei den sozialdemokratischen Massen wohl nicht so recht verstehen wird.

Was der „Vorwärts" hier sagt, ist nämlich nichts anderes als eine Verurteilung der Agitation, die die Sozialdemokratie selbst im Wahlkampf mit der Panzerkreuzerangelegenheit betrieb. „Natürlich wissen die Kommunisten, daß ihr Antrag ein vollständiger Unsinn ist. Es ist unverständlich, warum Deutschland nur lauter Kanonenboote, Torpedoboote, Torpedozerstörer usw. bauen soll, die zu bauen der kommunistische Antrag gestattet, während er nur Panzerschiffe und Panzerkreuzer verbietet. Es ist ebenso unverständlich, warum erlaubt sein soll, für das Landheer Waffen herzustellen, während die Herstellung von Fahrzeugen bestimmter Art für die Marine verboten werden soll." Gegen die „Herstellung von Fahrzeugen bestimmter Art" hatte sich nun ja aber gerade während des Wahlkampfes die Sozialdemokratie mit einem Eifer gewandt, hinter dem der kommunistische weit zurückblieb. Wenn jetzt der „Vorwärts" feststellt, daß die Kommunisten Deutschland einmal nicht erlauben wollen, sich soweit zu bewaffnen, wie es der Versailler Vertrag gestattet, so richtet sich diese Feststellung auch gegen die sozialdemokratische Agitation, denn gerade diese wollte während des Wahlkampfes es ja auf keinen Fall erlaubt wissen, daß Deutschland sich im Rahmen der ihm durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen bewaffne.

Die sächsischen Linkssozialisten im höchsten Furor

Ausschlußantrag gegen die Minister.

In Plauen im Vogtlande hat eine linkssozialistische Parteiversammlung gefordert, auf dem Umwege über die Bezirksvorstände doch noch die bisher abgelehnte Einberufung eines Parteitages in Sachen des Panzerkreuzers A zu erreichen, weil Gefahr bestehe, daß das gegenwärtige Uebel der Zustimmung der Reichsminister zum Bau des Panzerkreuzers noch vergrößert werde durch die Zustimmung der Reichstagsfraktion auch noch zu den übrigen Bauraten, um in Fortsetzung der eingeschlagenen Koalitionspolitik nicht den Bestand der Koalition zu gefährden. Eine solche Entscheidung der Reichstagsfraktion müsse den Bestand und die Einheit der Sozialdemokratischen Partei auf das schwerste gefährden, weshalb die Verantwortung auf die Schultern der Gesamtpartei gelegt werden müsse, in der sicheren Erwartung, daß durch die Entscheidung eines Parteitages das Vertrauen der Wählerschaft zur Sozialdemokratischen Partei zurückerobert werde. Außerdem wurde gegen wenige Stimmen folgende aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution angenommen:

„Die Ortsgruppe Plauen stellt beim Parteivorstand den Antrag, die Genossen Müller, Hilferding, Severing und Wissell wegen parteischädigenden Verhaltens auszuschließen. Sofern der Parteivorstand nicht diesem Antrage bis zum nächsten Parteitag nachgekommen ist, ist der Antrag dem Parteitage zur Entscheidung vorzulegen."

Höher geht's nimmer! Es rast der See....

Abschied von Paris

Dr. Stresemanns Abreise

Paris, 28. August. Dr. Stresemann ist am Dienstag mittag um 12,20 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zug von Paris nach Baden-Baden abgereist. Eine halbe Stunde vor Abgang des Zuges verließ der Wagen des Außenministers die deutsche Botschaft. Die Fahrt ging durch die belebtesten Straßen des Pariser Geschäftszentrums; überall stockte der Verkehr, sobald sich das Auto des Polizeipräfekten, das dem Wagen des Außenministers voranfuhr, zeigte. Das Publikum erkannte Dr. Stresemann, doch war die Fahrt zu schnell, als daß es zu Beifallsäußerungen kommen konnte. Um 12 Uhr traf Dr. Stresemann auf dem Ostbahnhof ein, wo er von dem Pariser Polizeipräfekten, einem Vertreter des Außenministers und den Herren der deutschen Botschaft empfangen wurde.

Botschafter v. Hoesch nahm an der Verabschiedung auf dem Bahnhof nicht teil: Er war nach Rambouillet zu dem Festfrühstück gefahren, das der französische Staatspräsident heute den Unterzeichnern des Kellogg-Paktes gibt. Kurz vor der Abfahrt des Zuges verabschiedete sich der Außenminister auf das herzlichste von den französischen und deutschen Herren. Darauf bestieg er seinen Salonwagen, den gleichen, der ihn zweimal 24 Stunden vorher nach Paris geführt hat. Den Minister begleiten auf seiner Fahrt nach Baden-Baden Vortragender Legationsrat Redlhammer, Konsul Bernhardt und Professor Zondek.

Als der Zug sich in Bewegung setzte, grüßte Dr. Stresemann von seinem Kupeefenster aus. Dr. Stresemann machte einen, wenn auch ermüdeten, so doch keineswegs überanstrengten Eindruck. Wer in diesen Tagen Gelegenheit hatte, ihn persönlich zu sprechen, gewann den Eindruck, daß er, abgesehen von der starken Ermüdung, die sich stets nach den Besprechungen mit den französischen Staatsmännern und den feierlichen Anlässen einstellte, frisch und lebendig sein konnte, fast wie in früheren Tagen. — **Der Reichsaußenminister ist um ½9 Uhr abends in Baden-Baden eingetroffen.**

Abreise der deutschen Delegation nach Genf

Berlin, 28. August. Staatssekretär Dr. v. Schubert verließ heute abend 8,25 Uhr in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Gaus, der Gesandten Freytag, Geheimrat von Moltke und einer Reihe weiterer Herren des Auswärtigen Amtes Berlin, um sich nach Genf zur Ratstagung zu begeben. Mit dem gleichen Zuge begaben sich auch der dänische Außenminister Moltesen, sowie der hiesige dänische Gesandte, Zahle, und der litauische Gesandte, Sidzikauskas, nach Genf. Staatssekretär Dr. v. Schubert wird in Baden-Baden morgen mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann zusammentreffen.

Empfang im Hotel de Ville

Paris, 28. August. Heute nachmittag wurden im Hotel de Ville die bevollmächtigten Delegierten der Staaten, die gestern den Kriegsächtungspakt unterzeichnet haben, empfangen. Die deutsche Regierung war, nachdem Reichsaußenminister Dr. Stresemann Paris verlassen hat, durch Botschafter v. Hoesch vertreten. An dem Empfange nahmen auch Ministerpräsident Poincaré und einige Mitglieder der französischen Regierung teil. Nach Begrüßungsansprachen durch den Vorsitzenden des Gemeinderates, Lemarchand, und den Präfekten des Seinedepartements, Bouju, trugen sich die bevollmächtigten Paktunterzeichner in das Goldene Buch der Stadt Paris ein. Mit dieser Feier im Pariser Hotel de Ville nahmen die Veranstaltungen anläßlich der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes ihr Ende. Fast sämtliche Delegierte werden im Laufe des morgigen Tages die französische Hauptstadt verlassen.

Dawes-Last und Arbeiterschaft

Am 1. September beginnt im Dawes-Frondienst Deutschlands das „Normaljahr". Die von Deutschland an die Weltkriegssieger zu zahlende jährliche Reparationssumme steigt nun von 1750 auf 2500 Millionen Goldmark. Was bedeuten diese Zahlen, wenn man sie einmal in Arbeitslöhne umrechnet, indem man den tariflichen Durchschnittswochenlohn des deutschen ungelernten Arbeiters mit rund 40 Reichsmark annimmt und das Jahr zu 300 Arbeitstagen zählt? Dann würde das volle Jahreseinkommen von etwa 1 300 000 ungelernten Arbeitern erst die zu leistende Summe des Normal-Dawesjahres ausmachen. Das ist der ungeheuerlichste Frondienst, der jemals einem besiegten Volke auferlegt worden ist. Wenn nun auch dieser Reparationstribut nicht wie im Altertum unmittelbar in der Form des Frondienstes geleistet werden muß, sondern die inzwischen „zivilisierter" gewordene Menschheit die humanere Form der Geldzahlungen dafür erfand, so wird nichtsdestoweniger auch durch diese Art der Tributleistung die Lebenshaltung des deutschen Volkes sehr stark beeinträchtigt. Und am schwersten wird die deutsche Arbeiterschaft durch die Reparationszahlungen belastet, weil sich der Dawes-Plan mit besonderer Schärfe gegen die breiten Verbrauchermassen kehrt.

Bekanntlich hat neben Reichsbahn und Industrie der Reichshaushalt den Hauptteil der Kriegsentschädigungen aufzubringen. Vom 1. September ab sind aus den Mitteln des Reichshaushaltes nicht wie bisher 500, sondern 1250 Millionen Reichsmark an die Nutznießer des Dawes-Planes abzuführen. Und diese enorme Summe saugt die Steuerpumpe vor allem aus den breiten Schichten der Konsumenten, also vorwiegend der Arbeiterbevölkerung, heraus. Der Dawes-Plan schreibt nämlich dem Reich die Quellen vor, aus denen es die Reparationsgelder schöpfen muß. Zu den wichtigsten Etatseinnahmen, die Deutschland an die Gläubiger verpfänden mußte, gehören die Bier-, Tabak-, Zucker- und Branntweinsteuer. An diesen Steuern kann das Reich gemäß den Dawes-Bestimmungen keinen Abstrich ohne Genehmigung des Beauftragten der Reparationskommission vornehmen. Sollten sich aber die Einnahmen aus diesen Steuern erhöhen, dann genügt noch nicht einmal der 2,5-Milliarden-Betrag, sondern der Reparationsagent kann auf Grund des „kleinen Besserungsscheines" eine entsprechende prozentuale Erhöhung der Dawes-Tribute vornehmen. Wahrlich ein demütigender Eingriff in das wirtschafts- und finanzpolitische Selbstbestimmungsrecht Deutschlands, das dadurch unter einer ausländischen Finanzkontrolle steht, wie sie in der Vorkriegszeit die europäischen Großmächte nur der Türkei und China aufzuerlegen wagten. Diese Hoheitsbeschränkung der deutschen Finanzverwaltung durch das Einspruchsrecht des Reparationskommissars ist nun aber auch ausgesprochen arbeiterfeindlich. Gerade Verbrauchssteuern sind — sozial und wirtschaftlich betrachtet — von sehr zweifelhaftem Wert. Denn für eine gerechte Steuerbelastung des Staatsbürgers muß doch vor allem seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Maßstab sein. Da nun diese Verbrauchsabgaben an die Reparationsgläubiger verpfändet sind, so hat der Arbeiter für jedes Glas Bier, der kleine Mann für jede Zigarre und die kinderreiche Familie für jedes Pfund Zucker einige Pfennige extra zu zahlen, die in die Kassen der Dawes-Nutznießer fließen. Die von der breiten Masse gewünschte fühlbare Steuererleichterung könnte sehr wohl durch einen in bestimmten Grenzen gehaltenen Abbau der indirekten Steuern ermöglicht werden, da diese Abstriche die Pfandsicherheit für den Dawes-Tribut nicht beeinträchtigen würden. Denn die obengenannten vier Einnahmequellen werden auch für das Etatsjahr 1929/30 annähernd doppelt so viel wie die 1250 Millionen Reichsmark Dawes-Tribut ergeben. Doch gegen diese für die deutsche Arbeiterschaft besonders wünschenswerte Senkung der Verbrauchssteuern würde ohne Zweifel der Reparationskommissar sein Veto einlegen, weil ihm die Interessen seiner Gläubiger höher stehen, als das Wohlergehen der deutschen Arbeiter.

Obwohl also der Dawes-Plan die ganze Lebenshaltung des deutschen Konsumenten beträchtlich verteuert, steht dennoch die Sozialdemokratische Partei, ausgesprochene Vertreterin der Konsumenteninteressen, dem Problem der Dawes-Revision am gleichgültigsten gegenüber. Wo immer von der Not des deutschen Arbeiters die Rede ist, da wettern auch heute noch Severing und Genossen nur gegen die „Brotverteuerer", erheben immer wieder schärfste Anklagen gegen das „ausbeuterische" deutsche Unternehmertum oder donnern gegen die „Tyrannei" der deutschen Kapitalisten. Niemals aber sind diese Klagen der Genossen und der Arbeiterpresse verbunden mit der Anklage gegen das Versailler System und den Dawes-Plan, die doch allein „Deutschland zum Fußschemel der Welt und den deutschen Arbeiter zum Heloten" gemacht haben. So urteilt August Winnig, der auch wie Severing aus dem Arbeiterstande hervorgegangen ist. Und auf der Trierer Tagung des